



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 02.06.1949 Seite b2

NZZ_19490602_B2.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

die Situation kritisch ist. Das Hauptorgan der Sozialdemokraten bezeichnete am Dienstag die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation als „minimal“; die Geduld der Mehrheit sei auf die äußerste Probe gestellt.

Eine allfällige Spaltung der Gewerkschaftsorganisation könnte für die finnische Politik tiefgreifende Folgen haben. Seit Kriegsende spielte die Gewerkschaftszentrale eine für ihre allgemeine Richtung vielleicht entscheidende Rolle. In politischen Kreisen in Helsinki kann man sogar die Meinung hören, die Gewerkschaftswahlen von 1947, die den Sozialdemokraten die Mehrheit einbrachten, seien von größerer Bedeutung gewesen als die Reichstagswahl des vergangenen Jahres, die eine bürgerliche Parlamentsmehrheit ergab. Eine von den Kommunisten geführte Gewerkschaftsunion hätte, so meint man, mit dem Mittel der „wilden Streiks“ Finnland nur allzu leicht in ein völliges Chaos stürzen können. Die nächsten Wahlen zur Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes finden erst 1951 statt.

Die Agrarier gegen die Regierung

Am Dienstagabend wurde das Regierungsproblem in Finnland wieder aktuell, und zwar vorläufig im sogenannten „Staatsausschub“ des Reichstags bei der Behandlung des *Ergänzungsbudgets* der Regierung Fagerholm. Den Verhandlungen in diesem parlamentarischen Ausschub sieht man jeweils mit umso größerem Interesse entgegen, als er in kleinerem Rahmen eine nahezu genaue Kopie des Reichstags selbst bildet. Aus den dort gefaßten Beschlüssen können daher in bezug auf die künftige Stellungnahme der Vollversammlung zum Budget und zur Regierung Fagerholm ziemlich zuverlässige Schlüsse gezogen werden.

Der Präsident der Agrarierpartei, Dr. Sukkelainen, schlug dem Ausschub vor, dem Reichstag ein *Mißtrauensvotum* gegen die sozialdemokratische Minoritätsregierung zu empfehlen. Der Antrag wurde mit dem knappen Mehr von zehn gegen neun Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus den Sozialdemokraten und Kommunisten, während die Konservativen den Antrag der Agrarier unterstützten. Zwei bürgerliche Abgeordnete, ein Vertreter der Schwedenpartei und ein Konservativer, waren abwesend.

Wie vorausgesehen war, gab die Behandlung der *Arbeitslosenkredite* den formellen Anlaß zum Vorstoß der Agrarier. Der spezielle Charakter der Streitfrage hinderte aber diesmal die Kommunisten daran, gegen die Regierung zu stimmen. Sie stellten daher später einen eigenen Mißtrauensantrag, der aber mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten zurückgewiesen wurde.

Wie aus Helsinki gemeldet wird, hat die finnische Regierung eine „*Kredit und Handelsöffnung*“ eröffnet, die sowohl den Westen wie den Osten ins Auge faßt. Der Chef der Bank von Finnland, Tuomioja, begab sich am Dienstag nach den Vereinigten Staaten zwecks Verhandlungen über die Gewährung eines *Dollarkredits*. Wie verlautet, soll sich Handelsminister Takki in der ersten Hälfte des Juni gleichfalls nach Amerika begeben. Fast gleichzeitig tritt eine repräsentative finnische Delegation anfangs dieses Monats eine Reise nach Moskau an, wo die Möglichkeiten einer Erweiterung des finnisch-russischen Handelsaustausches untersucht werden sollen.

Jahreskongreß der britischen Labourpartei

Tel. unseres Korrespondenten

Sch. London, 2. Juni

Der diesjährige Kongreß der Labourpartei, zu dem sich 1500 Delegierte ansagten, wird am *Pfingstmontag* in *Blackpool* mit der Verlesung der Programmrede des scheidenden Vorsitzenden *Griffiths* seinen Auftakt nehmen. Unmittelbar darnach soll bereits eines der heikelsten Probleme, mit denen sich der Kongreß zu befassen hat, nämlich der Ausschuß der beiden linksradikalen Abgeordneten *Zilliaceus* und *Solley* aus der Labourpartei erörtert werden. Die beiden Renegaten wollen zwar dabei sein, müssen sich aber mit einem Platz im Zuhörerraum begnügen und ihre Verteidigung denjenigen überlassen, die mit ihnen eines Sinns oder zum mindesten auch dann gegen den Anschluß sind, wenn sie sich politisch nicht mit ihnen einverstanden erklären. Solche Leute gibt es, aber am Ergebnis kann das nichts ändern, wenn die Exekutive, die Gewerkschaften und der größere Teil der Ortsgruppen der kommunistischen Parteigänger im eigenen Lager überdrüssig sind.

Am Dienstagmorgen folgte der *Rechenschaftsbericht* von *Attlee*. Der Premierminister will hauptsächlich als Fraktionsführer sprechen und sich mit der Politik und Gesetzgebung in Westminster im Laufe der letzten zwölf Monate befassen. Am Nachmittag wird *Sir Stafford Cripps* die nicht ganz einfache Aufgabe haben, seine *deflationistische Politik*, die hohen Steuern, den Lohnstopp und die Preispolitik zu verteidigen. Der Mittwoch und Donnerstag bleiben der Debatte über das Wahlprogramm vorbehalten mit *Morrison* als dem hauptsächlichsten Redner. Am Donnerstag früh wird *Bevin* aus Paris erwartet; er soll ein außenpolitisches Referat halten. Am Freitag hat *Bevin* seine Chance, wenn über die Wohnungsfrage verhandelt wird, wobei die Partei sich über das Erreichte insofern freuen kann, als auf diesem Gebiet zum mindesten ein greifbarer Erfolg der Politik der letzten vier Jahre nachzuweisen ist, ein Erfolg, den sich der ehrgelagerte Gesundheitsminister zweifellos auch parteipolitisch bestätigen lassen möchte.

Die Ernennung Robertsons zum Hochkommissar

Tel. unseres Korrespondenten

Sch. London, 2. Juni

General Robertson, der englische Gouverneur und Oberbefehlshaber in Deutschland, ist der einzige der bisherigen alliierten Statthalter, der von seiner Regierung eingeladen wurde, auch nach der Errichtung einer deutschen Regierung in Bonn und nach der Abschaffung der Militärregierung als Zivilist im Amt zu verbleiben. Sir Brian Robertson wird also als erster englischer Hochkommissar in Deutschland amtieren, während General Clay von der amerikanischen Regierung durch *McCloy* und General Koenig von der französischen Regierung durch *Francois-Poncet* ersetzt wurden.

Die Betrauung Robertsons mit dem Hochkommissariat hat den doppelten Grund, daß er sich in England eines großen Ansehens erfreut und daß England seinerseits die bisherige Politik in Deutschland nicht grundlegend zu verändern gesonnen ist. Robertson war von Anfang an der Vertreter der langsame Emanzipation einer neuen Deutschen Republik und hat auch von Anfang an zäh daran festgehalten, daß Schallheil und Kontrollstellen vor wie nach der Verwirklichung des neuen deutschen Staates fest in den Händen der Alliierten bleiben müssen. Während von französischer Seite die Entwicklung in Deutschland anfänglich getrennt wurde, während umgekehrt die Amerikaner darauf drängten, ihr Tempo zu beschleunigen, hat Robertson ganz im Sinne der englischen Politik, ja im Grunde genommen als ihr eigentlicher Gestalter und Schrittmacher nicht nur in Berlin, sondern auch in London stets den Rhythmus eingeschlagen, der in der alliierten Politik in den drei westlichen Zonen schließlich auch zum Ausdruck kam. Robertson hat sich in London ein Prestige erworben, das nicht vermindert wird durch die ganz andere Stimmung in Deutschland, von der ja die Engländer so gut wie nie etwas erfahren.

Die Steuerreform in Italien

s. Mailand, 1. Juni

Im Senat erstattete gestern Finanzminister *Vanoni* Bericht über den Stand der Vorarbeiten der geplanten Steuerreform. Die „*riforma tributaria*“, erklärte der Finanzminister, zielt auf eine gleichmäßigere Verteilung der Steuerbelastung und auf eine sinnvolle Koordinierung des Lastenausgleichs sowie auf die Schaffung eines fiskalischen Systems, das geeignet sei, die Fortschritte der wirtschaftlichen Wiederaufbauphase des Landes zu fördern. Vorgesehen sei die Konzentration der Besteuerung auf einige wenige Steuerobjekte. Die künftige Steuergesetzgebung werde auf der Vereinfachung beruhen und sowohl eine Vereinfachung und Beschleunigung der Erhebungsverfahren ermöglichen, als auch einen wirksameren Schutz der Rechte der Steuerträger gewährleisten. *Vanoni* bereite das Publikum auf eine systematische Vermögensabschöpfung vor.

Die *Steuerfazitation* wird auf der jedes Jahr zu erneuernden und auf einem Steuerformular abzugebenden schriftlichen Erklärung der Steuerpflichtigen beruhen. Um sie zu wahrheitsgetreuen Angaben zu veranlassen, wird man ihnen einerseits die Liquidierung der Vergangenheit erleichtern und andererseits durch eine angemessene Senkung der Steuersätze entgegenkommen. Letzteres sei hauptsächlich für die Kleinststeuerverpflichtigten, für die Familiensteuer, für die zusätzlichen Gemeindesteuern und die Einkommensteuer geplant, die alle tragbar gehalten werden sollen.

Wie *Vanoni* bekanntgab, zeitigte der Kampf gegen die *Steuerhinterziehungen* in letzter Zeit überraschende Ergebnisse. Die von der Steuerpolizei in verschiedenen Wirtschaftszweigen (Tabakanbau, Baumwollindustrie, Lichtspielwesen usw.) durchgeführten Erhebungen hätten seit dem Juli des Vorjahres zur Aufdeckung von Einkommensteuerdefraudationen im Betrage von 91 Milliarden Lire geführt. Überdies seien etwa hunderttausend Hinterziehungen der Einnahmensteuern im Betrage von rund zehn Milliarden Lire festgestellt worden.

Russische Antwort

auf die Beschwerden Jugoslawiens

Moskau, 2. Juni, ag. (Reuter) Die amtliche russische Nachrichtenagentur Tass meldet, daß die Sowjetregierung eine jugoslawische Note vom 23. Mai zurückgewiesen habe, die behauptete, daß die Sowjetregierung gegen Jugoslawien feindselige und diskriminatorische Maßnahmen anwende.

Die dem jugoslawischen Außenministerium am 31. Mai zugestellte Antwort der Sowjetregierung bezeichnet nach der Agentur Tass die jugoslawischen Behauptungen als grobe Verleumdung, und wiederholt die russische Erklärung, daß Jugoslawien gegenüber der Sowjetunion eine feindselige Politik verfolge. Jugoslawien habe sich selbst des Anspruchs beraubt, von russischer Seite eine freundschaftliche Haltung erwarten zu können, weil Jugoslawien: 1. ein antikomunistisches und antidemokratisches terroristisches Regime errichtet habe; 2. infolge seiner Feindschaft gegenüber Rußland in das Lager der Feinde der Sowjetunion übergegangen sei, und 3. seinen Zeitungen erlaube, sich zum Sprachrohr einer homogenen antisowjetischen Agitation zu machen.

Die russische Note macht einen Unterschied zwischen der Bevölkerung Jugoslawiens und den gegenwärtigen Regime. Sie betont, daß die Sowjetunion den gegen Tito eingestellten Emigranten weiterhin Gastfreundschaft gewähren werde, weil sie die Jugoslawen vertritt, die für eine unabhängige Entwicklung ihres Landes eintreten. Das bedeute indessen nicht, wie in der jugoslawischen Note fälschlicherweise behauptet wurde, daß der Sowjetstaat den Emigranten volle Unterstützung zukommen lasse. Die Emigranten beäugten eine solche Unterstützung nicht, weil sie von der russischen Bevölkerung eine genügende Hilfe erhielten.

Der neue chinesische Ministerpräsident

Canton, 2. Juni, ag. (Reuter) Marschall *Yen Hsi-shan*, früherer Gouverneur der Provinz Schansi und stellvertretender Kommandant der chinesischen Truppen in Nordchina, nahm am Donnerstag seine Ernennung zum Ministerpräsidenten in der chinesischen Nationalregierung an. Sein Vorgänger *Ho Ying-tschin* und dessen Kabinett waren am letzten Montag zurückgetreten. Die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten wurde vom politischen Rat des Kuomintang gebilligt.

Hongkong – Angelpunkt für die westlichen Positionen in Asien

Tel. unseres Korrespondenten

Sch. London, 2. Juni

Nach dem Fall Schanghai hat sich das Augenmerk Englands immer mehr auf die Lage der einzigen den Angelsachsen in China noch verbleibenden Position, nämlich auf *Hongkong*, gerichtet. Die Frage, ob diese Kolonie mit 6000 bis 8000 Mann gehalten werden könnte, falls die kommunistischen Armeen sie angreifen würden, beantwortet sich von selbst. Militärisch hat die kleine Garnison auch dann kaum eine Chance, wenn weitere Verstärkungen an Mannschaften, Kriegsschiffen und Flugzeugen dorthin verlegt werden sollten. Vorläufig hat das britische Kabinett beschlossen, zwei Brigaden Truppen zu ungefähr je 3000 bis 4000 Mann, einige Kreuzer und Zerstörer und ein bis zwei Flugzeugträger nach Hongkong zu senden. Nimmehr fliegt *Verteidigungsminister Alexander* selbst in die gefährdete Kolonie, um sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu informieren.

Die Verteidigung von Hongkong ist aber letzten Endes nicht ein militärisches, sondern ein politisches Problem. England hat sich festgelegt und sich zur Verteidigung dieses Besitztums entschlossen. Ein Angriff würde den *casus belli* bedeuten. Amerika und die übrigen Westmächte könnten nicht abseits stehen. In strategischer Hinsicht ist die Lage in Hongkong derjenigen in Berlin ähnlich. Die Westmächte sind entschlossen, dort den archimedischen Punkt festzulegen, an dem sie ihre Welt verteidigen oder aus den Angeln heben lassen wollen. Der englische Entschluß in bezug auf Hongkong unterscheidet sich in seiner Kompromisslosigkeit von der passiven Haltung anläßlich der Zwischenfälle auf dem Jungste, wo England keine Positionen innehatte, die man hätte verteidigen können. Er läßt sich aber nur dadurch erklären, daß die Generalstabschefs in Washington ihre Zustimmung erteilten, daß also auch die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft ausgedrückt haben, Hongkong zu halten. Es geht dabei weniger um Hongkong selber, das in einem Augenblick in dem es einen feindseligen abhelfenden China gegenüberstände, wirtschaftlich erlösen müßte, als vielmehr um all die anderen Vorposten des Westens in Asien, um die amerikanischen Stellungen in Japan und auf den Philippinen, um Singapur, Malaya, Indochina und letzten Endes um Indien. Die Westmächte verteidigen den Ganges in Hongkong, wie sie in Berlin den Rhein verteidigen.

Der Entschluß ist gefaßt; es handelt sich nun darum, ihn praktisch zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten in Hongkong sind größer als diejenigen in Berlin, weil in der asiatischen Millionenstadt nur ein kleiner Teil der Bevölkerung innerlich auf Seiten der englischen Kolonialmacht steht. England rechnet zwar mit der Abneigung eines großen Teils der handeltreibenden Bevölkerung gegen den Kommunismus, doch werden die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die verarmten Massen in Hongkong zu kämpfen haben, nicht unterschätzt. Daß es Kommunisten in Hongkong wie in allen anderen chinesischen Städten gibt, steht außer Zweifel. Wie stark ihre Position ist, wird letzten Endes davon abhängen, ob der politisch unentschiedene größere Teil der Bevölkerung davon überzeugt werden kann, daß die Angelsachsen in Hongkong gewillt sind, sich zu verteidigen, oder ob sie befürchten müssen, auf die Dauer dem kommunistischen Regime überantwortet zu werden. Um zum mindesten in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel zu lassen, hat Verteidigungsminister *Alexander* gerade in diesem kritischen Augenblick seinen demonstrativen Flug in die belagerte Kolonie angetreten.

Der russische Botschafter in China bei Wyszinski

Paris, 2. Juni, (United Press) Aus Canton kommt es hier heute früh der russische Botschafter in China *N. V. Roschin* im Flugzeug in Paris eingetroffen. Nach einer Mitteilung der Sowjetgesandtschaft wird er hier mit Außenminister *Wyszinski* eine Besprechung abhalten.

Schließung des amerikanischen Konsulats in Mukden

Washington, 1. Juni, (United Press) Wie das Staatsdepartement mitteilt, mußte das amerikanische Konsulat in Mukden in der Mandschurei „wegen willkürlichen Einschränkungen von Seiten der kommunistischen Ortsregierung“ geschlossen werden. Der Sprecher des Departements, *Lincoln White*, führte dazu weiter aus, der aus elf Personen bestehende dortige Stab habe Weisung erhalten, Mukden zu verlassen. Das amerikanische Staatsdepartement hatte schon seit dem 18. November letzten Jahres keine direkte Verbindung mehr mit dem Konsulat, da die Kommunisten die Radio-Apparate des Konsulats beschlagnahmt hatten. Außerdem, so fügte der Sprecher bei, seien die Konsultatsmitglieder an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert worden.

Die IATA-Konferenz auf dem Bürgerstock

(Mitg.) Vom 17. bis 28. Mai fand auf dem Bürgerstock die dritte technische Konferenz der International Air Transport Association (IATA) statt. Organisation und Vorsitz waren der *Swissair* übertragen. Die Beteiligung war über Erwarten groß. Es waren 27 Luftverkehrsgesellschaften aus 20 verschiedenen Ländern vertreten; an den letzten drei Tagen beteiligten sich auch Delegierte der Industrien für Flugzeuge, Motoren, Propeller und Flugzeugbestandteile an den Beratungen. Die Zahl der Teilnehmer betrug 175.

Die Konferenz behandelte eine große Zahl technischer Fragen der Luftfahrt. Die Resultate der Besprechungen dürften als ausgezeichnet beurteilt werden. Besonders sind Beschlüsse über eine neue *Flugruetenkarte* der ganzen Welt, Anfluglichter, Schneiden und die zukünftige Ausgestaltung von *Flughäfen* mit Berücksichtigung der Flugzeuge mit Rückstoßantrieb hervorzuheben. Die Verbindungsspezialisten behandelten Fragen der Frequenzteilung für die *Radio-navigation* und die Verständigungsmittel, das Problem der Radiotelephonie auf Langstreckenflügen sowie eine große Zahl weiterer für die Entwicklung des Luftverkehrs bedeutungsvoller Verbindungsfragen. Die Gruppe der Ingenieure beschäftigte sich mit der *Standardisierung* der Hilfsgeräte des *Bodendienstes*, damit alle Flugzeugtypen auf einem beliebigen Flughafen gleich sorgfältig bedient werden können, ferner mit den Flugleistungen bestimmter Typen, mit Problemen des Motors, der international zu verwendenden Maßeinheiten und der Frage des Standardgewichtes von Passagieren. Schließlich haben die Flugzeugkonstrukteure die Fragen des *Flugschranzengedächtnisses*, der vertikalen Separation von Flugzeugen, die Einstellung von Höhenmessern und eine Reihe meteorologischer Fragen besprochen.

Während der letzten drei Tage der Konferenz fand eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Luftverkehrsgesellschaften mit Delegierten einiger Flugzeug-, Motoren-, Propeller- und Zubehörwerke statt, um alle im Zusammenhang mit bestimmten Flugzeugtypen stehenden Fragen zu besprechen. Zum Abschluß der Konferenz faßte *Dr. G. von Meiß*, technischer Direktor der *Swissair*, in einigen Worten die geleisteten Arbeiten zusammen: „Die Luftverkehrsgesellschaften werden in der kommenden Zeit vor allem darauf bedacht sein, die Regelmäßigkeit ihrer Flugdienste zu verbessern, und zwar mittels einer immer präziseren Verkehrs-, Navigations- und Landkontrollen; sie werden sich auf die Einführung größerer und schnellerer Flugzeuge auf den wichtigsten Fluglinien der Welt vorbereiten. Die Leistungsfähigkeit des Luftverkehrs wird gesteigert werden unter gleichzeitiger Herabsetzung der Kosten durch neue Vereinfachungen und Standardisierungen.“ Die nächste technische Konferenz der IATA findet 1950 in den Vereinigten Staaten statt.

Eine Beichtigung von Munitionslagern

Bern, 2. Juni, a. Große Munitionsvorräte sind zur Sicherung unserer militärischen Kampfbereitschaft unerlässlich. Die Katastrophen von Dailly und Mitholz, die Brände von Ruis und Göschenen haben indessen gezeigt, daß die Munitionslagerung große Risiken in sich trägt. Trotz eingehenden Untersuchungen über die Ursachen der Munitionsexplosionen, die durch zahlreiche Experimente ergänzt worden sind, ist es bis jetzt nicht gelungen, zu sicheren und sicheres zu kommen. Vermutete die Untersuchungskommission, die sich mit der Explosion von Dailly befafte, daß die Ursachen auf die Zersetzung des Nitrozellulosepulvers zurückgeführt werden könnten, so führte die Ursachenermittlung in Mitholz zum Ergebnis, daß die Explosion mit dem an Geschloßzündern sich bildenden Kupfernebel in Verbindung steht. Auch hier liegen aber bloße Vermutungen vor. Unter diesen Umständen haben sich die maßgebenden militärischen Instanzen entschlossen, alles zu tun, um die Sicherheit der Munitionslager zu erhöhen, wobei auf Grund der Feststellungen der beiden Untersuchungskommissionen (Dailly und Mitholz) neue Richtlinien für den Bau der Magazine und die Einlagerung der Munition ausgearbeitet wurden.

Am Mittwoch besuchten die *Bundeshausjournalisten* in Begleitung von Bundesrat *Kobelt* und militärischen Munitionsspezialisten die Mitholz- und einige Munitionslager. Sie sollten die Einblicke in die Probleme der Munitionslagerung und in die neuesten Sicherungsmethoden erhalten. In Mitholz spricht ein neues Leben aus den Ruinen. Eine schmucke Siedlung ist aus den Trümmern errichtet. Die Inschriften an den Chalets erinnern an die Schreckensnacht „In Donner und Flammen brach das Haus zusammen.“ Kies und Steine, die noch bedeutende Flächen bedecken, stammen nicht von dem durch die Explosion ausgelassenen Felssturz, sondern von einer Überbeheizung durch den Stegach, der das Dorf heimsuchte, als die Räumungsdetachement Quadratmeter um Quadratmeter abgezogen und von den letzten Splittern befreit hatten. Von den vierzig Baracken, welche die Opfer der Katastrophe aufgenommen hatten, werden heute nur noch zwei gebraucht. Ein Gang ins Innere des Berges vermittelt dann einen Eindruck von der Gewalt der Explosion, die Tausende von Tonnen Munition erlösch hat. Heute sind die Stollen, die mit Wasser, Geröll und Staub gefüllt waren, wieder gereinigt; sie werden betriebsbereit gemacht, doch werden die Mitholzer zugeseichert, daß keine Munition eingelagert werden soll.

Am Nachmittag folgte die Beichtigung eines großen, voll belegten *unternirdischen Munitionsmagazins*, in dem jetzt die Lager auf Grund der Gefährlichkeit der verschiedenen Munitionstypen getrennt sind. Die peinliche Ordnung und Sauberkeit, die man erkennen, daß mit äußerster Sorgfalt vorgegangen wird. Arbeiter stehen im Begriff, die Munition entsprechend den neuen Vorschriften zu stapeln. Bauliche Veränderungen, die ein Ubergreifen der Explosionen von einem Stollen auf den andern verhindern sollen, sind bereits durchgeführt worden. Schließlich wurde auch ein *oberirdisches Pulverlager* besichtigt. Das wenige Meter neben einer verkehrsreichen Straße liegt und aus einem sehr heftigsmäßigen Eindruck machte, Versuche sollen ergeben haben, daß ein Pulverlager, wenn Feuer ausbrechen oder angelegt werden sollte, ohne Explosion abrennt. Diese Lager sind aber provisorisch; es wird daran gearbeitet, sie unterirdisch, aber in bedeutend tieferen Magazinen, als dies bisher üblich war, unterzubringen.

Die Beichtigungen vermitteln den Eindruck, daß die verantwortlichen Amtsstellen alles zu tun bereit sind, um die Munitionslagerung so sicher als möglich zu gestalten.